

Quelle: Europäische Kommission

Mitteilung KOM(2010) 614

Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung

(Legislativ-) Maßnahmen und -vorschläge der Kommission sowie Ersuche an die Mitgliedstaaten, den Rat und das Europäische Parlament	Geplanter Termin
Verbesserung der Rahmenbedingungen: Intelligente Regulierung	
Die Kommission wird den „Small-Business Act“ überprüfen, um für eine weitere Verbesserung des Unternehmensumfelds für Unternehmen kleinerer und mittlerer Größe (KMU) zu sorgen.	alsbald
Die Kommission unterzieht Politikvorschläge mit erheblichen Auswirkungen für die Industrie weiterhin einer Folgenabschätzung. Außerdem nimmt sie nachträgliche Beurteilungen und „Eignungsprüfungen“ von EU-Vorschriften mit Blick auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit vor.	ab 2011
Die Mitgliedstaaten sollen die Folgen ihrer Politikvorschläge auf die industrielle Wettbewerbsfähigkeit untersuchen und den „Small Business Act“ umsetzen.	k. A.
Verbesserung der Rahmenbedingungen: Finanzierung	
Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, bewährte Verfahren für staatliche Systeme für den Zugang zu Finanzierungsmitteln auszuarbeiten und auszutauschen.	2011/12
Die Kommission prüft eine Neuausrichtung der europäischen Finanzierungsinstrumente für den Programmplanungszeitraum nach 2013, so dass im Fall eines „Marktversagens“ bei der Finanzierung von Kleinunternehmen und Innovationen ausgeholfen werden kann.	k. A.
Die Kommission legt neue Rechtsvorschläge vor, um die Stabilität von Finanzmärkten zu erhöhen.	k. A.
Verbesserung der Rahmenbedingungen: Normung und Rechte am geistigem Eigentum	
Die Kommission schlägt eine Strategie zur Stärkung der europäischen Normung vor. In diesem Rahmen veröffentlicht sie eine Mitteilung zur Normung sowie einen Rechtsvorschlag.	2011
Die Kommission setzt eine Hochrangige Gruppe zum Thema Unternehmensdienstleistungen ein, die u.a. „Marktdefizite“ in den relevanten Branchen untersucht.	2012
Die Kommission überprüft EU-Vorschriften hinsichtlich der Frage, ob durch eine weitere Harmonisierung die Kosten für grenzübergreifende Geschäfte reduziert werden könnten.	k. A.
Die Kommission wird für eine rechtzeitige Umsetzung der Binnenmarktinitiative sorgen.	k. A.
Die Kommission stellt einen mehrjährigen EU-Aktionsplan für die Ausgestaltung der „Marktaufsicht“ der EU auf. Sie erstellt in Zusammenarbeit mit den nationalen Zoll- und Marktüberwachungsbehörden Leitlinien für die Zollkontrolle hinsichtlich der Produktsicherheit.	k. A.
Rat und Europäisches Parlament werden zur möglichst baldigen Verabschiedung von Vorschlägen für ein EU-Patent sowie für ein einheitliches Streitregelungssystem für Patentfragen aufgefordert, damit 2014 die ersten europäischen Patente erteilt werden können.	k. A.
Rat und Europäisches Parlament sollen bewährte Verfahren und Materialien über die Marktaufsicht, Zölle und die allgemeine Unterstützung für Unternehmen ausarbeiten und austauschen, um für eine bessere Durchsetzung der Rechte an geistigem Eigentum zu sorgen.	k. A.
Verbesserung der Rahmenbedingungen: Infrastruktur	
Die Kommission fördert die Schaffung eines Binnenmarkts für den Straßen-, Schienen-, Luft- und Schiffsverkehr. Zudem wird sie die Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz überarbeiten.	k. A.
Die Kommission fördert die Entwicklung eines Energiebinnenmarkts, indem sie Lücken in der bestehenden Infrastruktur identifiziert und Instrumente zur Schließung dieser Lücken vorschlägt.	k. A.
Die Kommission wird ihre Bemühungen zur Liberalisierung der EU-Energiemärkte intensivieren. Der Wettbewerb im Energiesektor soll dadurch erhöht und eine Benachteiligung des verarbeitenden Gewerbes der EU auf den Weltmärkten verhindert werden.	k. A.

Zusammen mit der Europäischen Investitionsbank wird die Kommission eine Strategie zur Finanzierung von Infrastrukturen entwickeln, u.a. durch die Auflegung von projektbezogenen EU-Anleihen und durch die Förderung öffentlich-privater Partnerschaften.	k. A.
Die Mitgliedstaaten werden ersucht, sich besonders nachdrücklich um erkannte Verkehrsengpässe und die grenzübergreifende Verknüpfung von Energienetzen zu kümmern.	k. A.
Steigerung der Innovationstätigkeit der Industrie	
Die Kommission entwickelt eine Strategie für weltweit wettbewerbsfähige Cluster, einschließlich spezifischer Maßnahmen zur Förderung traditioneller sowie aufstrebender Industriezweige.	2011
Die Kommission fördert die industrielle Forschung, Entwicklung und Innovation der fortgeschrittenen Fertigungstechnik. Sie erleichtert damit die Modernisierung der industriellen Basis der EU.	k. A.
Die Kommission wird Initiativen fördern, die zur Verbesserung der Fähigkeiten hochqualifizierter Arbeitskräfte, Einrichtungen der höheren Bildung und Unternehmen zusammenbringen.	k. A.
Die Kommission fördert neue Geschäftskonzepte und damit zusammenhängende Technologien mit Schwerpunkt auf der Entwicklung nachhaltiger, benutzerorientierter konstruktionsbasierter Produkte im Textil- und Bekleidungssektor sowie anderen großen Verbrauchermärkten.	k. A.
Die Kommission entwickelt politische Konzepte zur Förderung eines intensiveren Austauschs zwischen den Sektoren.	k. A.
Die Kommission fordert zur Meldung grenzübergreifender Verbundprojekte in Forschung, Entwicklung und Innovation auf.	k. A.
Die Kommission ergreift eine Initiative zur Förderung der Verbreitung, Übernahme und Vermarktung von wettbewerbsfähigen wichtigen Schlüsseltechnologien.	k. A.
Zur Erzielung von Synergieeffekten beim Technologieeinsatz, sollen die Mitgliedstaaten bei wichtigen Schlüsseltechnologien enger zusammenarbeiten. Die EU-Regionalpolitik soll über eine „intelligente Spezialisierung“ die Innovationsleistung der Regionen verbessern.	k. A.
Die Kommission fördert die Vernetzung der Industrie und der für Bildung und Arbeit zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten. Sie stärkt den Austausch von bewährten Verfahren hinsichtlich der Arbeitsmärkte und der Strategien zur Förderung des Qualifikationserwerbs.	k. A.
Die Kommission schlägt Leitsätze für Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen vor. Des Weiteren sind Investitionen für eine Erhöhung der Anzahl von Hochschulabsolventen in Wissenschaft, Technik, Ingenieursstudiengängen und Mathematik vorgesehen.	k. A.
Die Mitgliedstaaten werden ersucht, den Europäischen Sozialfonds für eine Verbesserung der Qualifikationen und für Restrukturierungen stärker in Anspruch zu nehmen.	k. A.
Globale Aspekte der Industriepolitik	
Die Kommission erstellt jährlich einen Bericht über Handels- und Investitionshemmnisse. Dieser wird grenzüberschreitende Maßnahmen und Verfahren der Industriepolitik enthalten und die Prioritäten in Bezug auf die Marktzugangstrategie und die Durchsetzungsmaßnahmen erläutern.	ab 2011
Die Kommission verfasst eine Mitteilung zur Unterstützung der Internationalisierung von KMU auf Grundlage des „Small Business Act“.	2011
Die Kommission will mittels der „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ eine stärkere wirtschaftliche Integration seiner Nachbarstaaten erreichen.	2011
Die Kommission entwickelt internationale Initiativen für die Regulierungszusammenarbeit. Ziele sind eine Beteiligung der wichtigsten Handelspartner an internationalen Initiativen und eine Entwicklung weltweit kompatibler Rechtsvorschriften und Normen.	k. A.
Rat und Europäisches Parlament sollen die Annahme des Vorschlags der Kommission zur Angabe des Ursprungslandes bei bestimmten, aus Drittländern eingeführten Waren beschleunigen.	k. A.

Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen und kritischen Erzeugnissen	
Die Kommission legt eine Rohstoffstrategie vor zur Förderung einer nachhaltigen Versorgung mit einheimischen Primärrohstoffen und zur Suche nach Substitutionsmöglichkeiten.	alsbald
Erhöhung der Ressourcen-, Energie- und Kohlenstoffeffizienz	
Die Kommission überprüft den Aktionsplan für Nachhaltigkeit in Produktion und Verbrauch und für eine nachhaltige Industriepolitik. Sie erwägt eine Ausweitung der Ökodesign-Richtlinie.	2012
Die Kommission wird die Nachhaltigkeit der Wettbewerbsfähigkeit überwachen, einschließlich der freiwilligen Initiativen der EU-Industrie in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Ressourcen.	k. A.
Die Kommission wird - im Einklang mit dem EU-Fahrplan für eine kohlenstoffarme Wirtschaft bis 2050 - langfristige sektorspezifische Strategien und politische Maßnahmen entwickeln und den Übergang zu einer CO ₂ -armen, ressourcen- und energieeffizienten Wirtschaft unterstützen.	k. A.
Die Kommission stellt einen Aktionsplan für Öko-Innovationen, zur Vermarktung und umfassenden Einführung von Schlüsseltechnologien im Umweltbereich vor.	k. A.
Zur Erzielung größtmöglicher Synergieeffekte beim Technologieeinsatz, sollen die Mitgliedstaaten eine engere Abstimmung zwischen den diversen politischen Fördermaßnahmen für Umwelttechnologien herstellen. Dies schließt Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage ein.	k. A.
Abbau Struktureller Überkapazitäten	
Die Kommission überprüft die gemeinschaftliche Unterstützung zugunsten der Wiedereingliederung freigesetzter Arbeitnehmer in neue Beschäftigungsverhältnisse	2011
Die Kommission leitet eine Konsultation der europäischen Sozialpartner zu der Thematik eines europäischen Rahmens für Restrukturierungen ein.	2011
Die Kommission schlägt einen neuen Rechtsrahmen für die Kohäsionspolitik vor.	2011
Die Kommission überprüft die Leitlinien für staatliche Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen.	2012
Die Kommission wird durch die Kohäsionspolitik die Mitgliedstaaten und Regionen bei der Diversifizierung bestehender Industrien unterstützen.	k. A.
Soziale Verantwortung der Unternehmen	
Die Kommission entwickelt eine Initiative zur sozialen Verantwortung von Unternehmen. Diese behandelt u.a. die Offenlegung von Informationen durch Unternehmen über Umwelt-, Sozial- und Verwaltungspraktiken sowie über Beschäftigung und Unternehmensführung.	2011
Die Kommission wird die freiwilligen Initiativen der EU-Industrie in Bezug auf Nachhaltigkeit der Ressourcen überwachen.	ab 2011
Die Kommission untersucht die Möglichkeit einer Initiative zu den Umweltfolgen von Produkten.	vor 2012
Sektorspezifische Maßnahmen	
Die Kommission stellt ihre Prioritäten für die Raumfahrtspolitik vor.	2011
Die Kommission entwickelt eine Strategie für die Wettbewerbsfähigkeit des Bausektors.	2011
Die Kommission schlägt im Anschluss an das Grünbuch „Erschließung des Potenzials der Kultur- und Kreativindustrien“ strategische Initiativen für diesen Sektor vor.	2011
Die Kommission empfiehlt die Einrichtung einer Plattform für saubere und energieeffiziente Fahrzeuge zur Vereinfachung der Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten und Industrie.	2012
Die Kommission legt einen Strategieplan für die Verkehrstechnologie zur Verbesserung der Effizienz und der Sicherheit im Verkehrssektor vor. Dieser wird eine strategische Initiative für saubere Verkehrssysteme sowie ein Maßnahmenpaket zur elektronischen Mobilität enthalten.	2012
Die Kommission legt eine Initiative für die Sicherheitsindustrie vor.	2012

Die Kommission möchte Biotechnologien fördern, indem sie u.a. geltende Rechtsvorschriften und die Rahmenbedingungen für die industrielle Anwendung optimiert.	2012
Die Kommission führt eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich der Energiespeicherung im Schienenverkehr und der Umstellung des Dieselantriebs auf Hybridbetrieb durch.	2012/13
Die Kommission will die Wettbewerbsfähigkeit der Pharmaindustrie verbessern. Konkret wird sie die Richtlinie 89/105/EWG betreffend die Transparenz von Preisfestsetzungs- und Kostenerstattungsverfahren überarbeiten, um den Binnenmarkt für Arzneimittel zu optimieren.	k. A.
Die Kommission leitet Folgemaßnahmen zur Hochrangigen Gruppe über die Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie ein. Insbesondere zu ihrem möglichen Beitrag zur Bewältigung kritischer Herausforderungen mit Hilfe von Innovationspartnerschaften.	k. A.
Die Kommission möchte, unter Nutzung des Hochrangigen Forums zur Lebensmittelindustrie, die Lebensmittelkette optimieren.	k. A.
Maßnahmen für besonders energieintensive Industriezweige	
Die Kommission veröffentlicht ein Programm für eine CO ₂ -arme, nachhaltige Industrie.	2011
Die Kommission fördert, in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und der Industrie, Demonstrationsprojekte für kohlenstoffarme Technologien und deren Einsatz (darunter CO ₂ -Abscheidungstechnologien), ohne dadurch den Wettbewerb zu verzerren.	2011-16
Die Kommission wird Vorschriften für staatliche Beihilfen anpassen im Hinblick auf einen angemessenen Ausgleich für den durch den EU-Emissionsrechteteilhandel entstehenden Anstieg der Energiekosten („indirekten Kosten“).	k. A.
Die Kommission erwägt eine Initiative zur Umsetzung CO ₂ -armer Technologien für energieintensive Industriezweige.	k. A.